



© Szabad Pécs

Eine Aufnahme, die alles über das heutige Ungarn erzählt: Der ehemalige Chefredakteur eines anerkannten, regionalen Tagesblattes verkauft Bowkurst, seitdem Lőrinc Mészáros das Blatt erworben hat.

DAS ENDE DER UMWELTPOLITIK IN UNGARN?

Über die politische Kehrtwende der ungarischen Regierung

Seit Beginn der erneuten Regierungszeit Viktor Orbáns 2010 muss Ungarn wieder erleben, dass seine regierenden Parteien Umweltschutz als eine Last, die Umwelt selbst und die Natur jedoch als ihre private Schatzkammer betrachten. Das Umweltministerium hat seine Eigenständigkeit verloren und wurde in das Agrarministerium eingegliedert – ein beispielloser Fall in Europa.

WIE HEISST eigentlich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) in Ungarn? Bis Mai dieses Jahres trug es den Namen Staatssekretariat für Umwelt, Agrarentwicklung und Hungarika im Ministerium für Landwirtschaft (Hungarika sind ungarische Spezialitäten). Es handelt sich dabei um kein Missverständnis: Probleme in Zusammenhang mit ungarischer Salami, Paprika und dem Lamm-Eintopf der Stadt Karcag behandelt die regierende illiberale Koalition gleichwertig mit Problemen der Wasser- und Luftverschmutzung oder der Sondermülldeponien. Denn das vormals eigenständige Umweltministerium wurde nach der neuen Regierungsbildung 2010 umgehend aufgelöst und in das Agrarministerium eingegliedert. Anstatt der versprochenen Erweiterung der Zuständigkeiten des im Agrarministerium angesiedelten Umweltsekretariats um Energie- und

Forstwirtschaft wurde ihm noch die Verantwortung für Hochwasserschutz entzogen. Seit Mai 2018 gehören nun auch die Hungarika und der Bereich Agrarentwicklung nicht mehr zum Portfolio des Umweltsekretariats im Landwirtschaftsministerium.

Die Auflösung der Umweltbehörden

Die 2010er Jahre begannen mit großen „Reinigungen“. So entließ der Agrarminister führende Fachleute der Umwelt- und der Naturschutzbehörden. Die neuen DirektorInnen sollten eher der regierenden Partei treu sein, als Umweltpolitik zu betreiben. Der Staatssekretär für Umwelt hat zudem kurz nach seiner Ernennung in einem Presseinterview erklärt, er folge den Befehlen des Premiers, auch wenn diese Umweltinteressen entgegenstünden. Und zur Leiterin der Hauptdirektion (die zweite offizielle Instanz für Umweltfragen in Ungarn) ernannte der Agrarminister eine ihm nahestehende Hochstaplerin, die

später der Unterschlagung von 13,7 Millionen Forint (etwa 44.000 Euro) bezichtigt wurde.

Um das Hauptziel, die Entleerung des immer noch gültigen Umweltgesetzes von 1995 zu erreichen, hatte das ungarische Parlament 2016 die selbstständigen regionalen Umweltbehörden in die Regierungsämter eingegliedert, die nun unter direkten politischen Einfluss der Zentralregierung arbeiten.

Keine Grenzen für InvestorInnen

Es liegt auf der Hand, dass ohne strenge und selbstständige Behörden kein ernstzunehmender Umweltschutz vorstellbar ist. Schon 2006 hat die damalige sozialistisch-freidemokratische Regierung die sogenannte Nationalwirtschaftlich Hervorragende Investition (NHI) als gesetzliches Instrument entdeckt. Zuerst fielen nur die größtenteils von der Europäischen Union (EU) finanzierten großen Investitionen in diese Kategorie, später praktisch alle der Regierung nützlichen Projekte, die als „hervorragend“ eingestuft wurden. Als NHI gelten zum Beispiel ein Casino, das in unmittelbarer Nähe des Schilfes am Ufer des viertgrößten Sees Ungarns gebaut wurde, eine Gummimüllver-

brennungsanlage, die Übersiedlung eines Regierungsamtes oder auch die Lieblinge des Premiers: die Stadionbauten in zahlreichen Ortschaften Ungarns. NHIs erhalten schneller und einfacher behördliche Genehmigungen, und Einsprüche haben keine aufschiebende Wirkung. Die Umweltverträglichkeit wird nicht oder nur formal bei den wichtigsten und größten Investitionen geprüft. Ein eklatantes Beispiel dafür ist das Umwandeln des größten Budapester Stadtwaldes in eine „Museuminsel“, wo nun – statt Grünfläche – riesige Gebäude errichtet werden, obwohl laut Befragungen mehr als 80 Prozent der EinwohnerInnen der Hauptstadt gegen dieses Projekt sind.

Profit aus der Natur

Umweltfragen sind solange von Bedeutung für die Regierung, wie sie irgendwie Geld einbringen. Das Schicksal eines Kohlekraftwerks, das den größten Anteil an Ungarns CO₂-Ausstoß hat, zeigt, dass Umweltaspekte auch gar keine Rolle spielen müssen. Das jährlich 3,6 bis 4 Millionen Tonnen Kohle verbrennende Kraftwerk kaufte ein gewisser Lórinç Mészáros von den deutschen RWE- und EnBW-Konzernen. Mészáros hatte zuvor ein kleines Gasunternehmen und ein eher bescheidenes Einkommen. Nachdem er – ein früherer Mitschüler Viktor Orbáns – zahlreiche andere Firmen erworben hat, erhielt er enorme (fast ausschließlich durch die EU finanzierte) Aufträge von der ungarischen Regierung. So zählt Mészáros nun zu den reichsten Oligarchen Ungarns. Auch das geheim vorbereitete Atomgeschäft mit Putin riecht nach Korruption. Das 2.200 Megawatt produzierende Atomkraftwerk belastet die SteuerzahlerInnen mit einem Riesenkredit aus Russland.¹ Gleichzeitig werden Anstrengungen für mehr Energieeffizienz und den Aufbau von alternativen Energiesystemen kaum unterstützt. So bekommt man in Ungarn keine Genehmigung für Windturbinen, und Solarzellen sind extra besteuert.

Sterbende NGOs, einseitige Medien

Die in den 1990er Jahren entstandene starke und geeinte Umweltschutzbewegung ist heute sehr geschwächt. Die Regierung leitet die für Nichtregierungsorganisationen (NGO) gedachten staatlichen Subventionen zu Gruppen um, die als bedingungslose UnterstützerInnen der Regierungspo-

litik gelten.² Da die Regierungspropaganda NGOs schlechtredet, trauen sich viele Privatpersonen nicht, sie zu unterstützen, wodurch immer mehr Spenden wegfallen. Zudem sind viele redliche RepräsentantInnen von NGOs aus wichtigen Gremien der Regierung ausgeschlossen worden.

Eine fachliche Aufarbeitung von Umweltthemen in der Presse ist ebenfalls sehr schwierig geworden.³ Heute ist es meistens unmöglich, zuverlässige Informationen über Umweltfragen zu erhalten. Der überwiegende Teil der Medien wird von der Regierung bzw. von regierungsnahen Kreisen beherrscht, wo regierungskritische Töne unerwünscht sind.

Verwendung von EU-Geldern gegen EU-Richtlinien

Den Berichten von Transparency International Ungarn und der Arbeit von investigativen JournalistInnen ist es zu verdanken, dass in den (noch) unabhängigen Medien regelmäßig zu lesen ist, wie die ungarische Regierung die EU-Fördergelder unter Nichtbeachtung der Ziele und Rechtsvorschriften der EU verwendet. Dies war schon unter der vorherigen Regierung Orbán (2010-2014) der Fall. Entsprechend des Originalvertrags von 2004 mit der EU wurde beispielsweise die Budapester U-Bahnlinie 4 mit EU-Fördermitteln gebaut. Bis zur Fertigstellung der U-Bahn 2014 betrugen die Gesamtkosten 1,5 Milliarden Euro. Allerdings waren sich viele Fachleute einig, dass die gleichen Verkehrs- und Umweltziele auch mit der Einrichtung einer weiteren Busspur erreichbar gewesen wären. Die Kosten hätten sich hier auf 150.000 Euro belaufen. Laut einer Untersuchung des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) wurde ein Drittel der für den U-Bahnbau bestimmten Summe rechtswidrig verwendet. Im Klartext: Ein großer Teil der EU-Gelder wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit veruntreut.

Noch ein typischer Korruptionsfall aus jüngster Vergangenheit stellt das Unternehmen von István Tiborcz dar, dem Schwiegersohn von Ministerpräsident Viktor Orbán. Tiborcz verwendete mehrere Millionen Euro EU-Fördergelder für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung in einigen Städten in solcher Weise, dass laut einem Bericht des OLAF der Verdacht der organisierten Kriminalität entstand. Neben dem Missbrauch der Gelder war die Straßenbeleuchtung

am Ende noch schlechter als vorher und trug nicht zur Erreichung von Energiesparzielen bei.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Gesamtsituation in Ungarn kurzfristig ändern wird. Um sich an der Macht zu halten, wird die derzeitige Regierung weiterhin eine Menge öffentlicher Gelder (einschließlich EU-Gelder) ausgeben, um ihre AnhängerInnen bei Laune zu halten – ungeachtet der negativen Folgen für die Umwelt und der Wirtschaft. Die einzige Chance, die Situation kurzfristig zu ändern, bestünde darin, die gesamte EU-Finanzierung der ungarischen Regierung auszusetzen, bis die Bedingungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit ihr erfüllt sind. Einige ExpertInnen glauben sogar, die Europäische Kommission sei verpflichtet, die EU-Mittel für Ungarn einzufrieren.⁴ Ein namhafter ungarischer Geschäftsmann sagte dazu: „Falls unser Land die EU-Gelder weiterhin entsprechend der jetzigen Trends und Rahmen verwendet, kann dies die größte Tragödie für Ungarn bedeuten.“⁵



Gábor Szabó

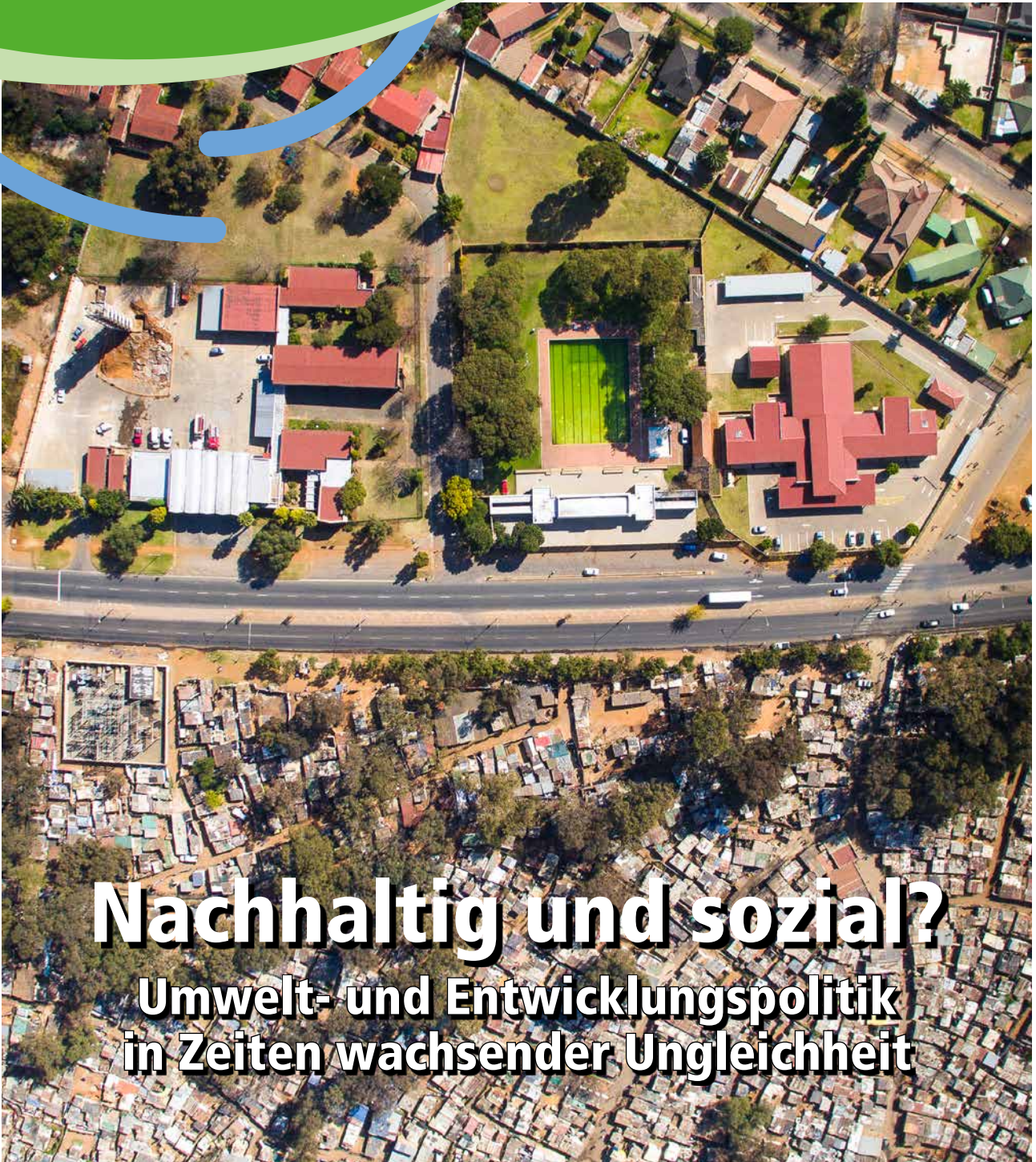
Der Autor ist Umweltjournalist und war zwischen 1990-2017 Mitarbeiter bei dem ungarischen Wirtschaftsmagazin HVG, Heti Világgazdaság, zu Deutsch Weltwirtschaftwoche.

- 1 <https://energiaklub.hu/en/study/corruption-risks-of-the-nuclear-power-plant-investments-what-can-we-expect-in-the-case-of-3666>.
- 2 <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2018/hungary>.
- 3 <http://hungarianspectrum.org/2017/07/03/gabor-szabo-the-media-in-hungary-the-example-of-environmental-journalism/>.
- 4 <http://hungarianspectrum.org/2017/09/03/legal-grounds-for-the-suspension-of-eu-funding-to-hungary-now/>.
- 5 <http://hungarianspectrum.org/2018/05/06/andras-lukacs-hungarian-experts-on-eu-funding-for-hungary/>.

2/2018

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Nachhaltig und sozial? Umwelt- und Entwicklungspolitik in Zeiten wachsender Ungleichheit

Seite 2

Die Umweltbewegung und die soziale Frage

Seite 10

**Globale Ungleichheit:
Der Exportschlag der
neoliberalen Handelspolitik**

Seite 14

**Die Landfrage als eine „Ur-
Frage“ von Ungleichheit**

Seite 16

**Rohstoffausbeutung in
Lateinamerika als Ausdruck
globaler Dominanz**